



„Hardball-Politics“: Moskau in der Ukraine – Iran um Hormuz

Dr. Klaus Olshausen

August 2026

Zusammenfassung

Putin weist jeden Waffenstillstand zurück, solange seine maximalen Bedingungen einer Unterwerfung der Ukraine nicht erfüllt sind. Das Regime in Teheran lässt vermelden, dass die bevorstehende Einigung mit Oman zum Seeverkehr in der Straße von Hormuz erst nach einer „Kapitulation“ der USA in Kraft tritt.

Putin nutzt seine Luftüberlegenheit -- verstärkt durch fehlende Patriot-Raketen in der Ukraine – um den „Cholodomor“ im kommenden Winter vorzubereiten. Ohne die Lieferung von vielen Patriot-Raketen und ohne das seit über einem Jahr im US-Senat verhandelte Sanktionspaket gegen die fünf Haupt-Käufer-Staaten russischer Energie umzusetzen, hat Putin keinen Anlass, seine brutale Kriegspolitik einzuschränken. „Hardball Politics“ wirkt, solange die Gegenüber ihr nicht kraftvoll entgegentreten.

Betrachtet man die Gesamtlage im Iran überrascht zunächst die Hartnäckigkeit, mit der Teheran an der Sperre von Hormuz festhält. Zwei Gründe erscheinen wesentlich: Zum einen die Erwartung steigenden innenpolitischen Drucks auf Präsident Trump, und zum anderen, dass die internationale Gemeinschaft weiter mehr Kritik auf die USA und Israel richten, als diplomatische und ökonomische Schritte gegen den Iran zu konzentrieren, um die freie Durchfahrt von Hormuz durchzusetzen. Solange die USA und die mit der Sperre angegriffene Weltgemeinschaft ihre Maßnahmen nicht bündeln, wird Teheran seine „Hardball Politics“ nicht aufgeben.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Putin weist jeden Waffenstillstand zurück, solange seine maximalen Bedingungen einer Unterwerfung der Ukraine nicht erfüllt sind. Das Regime in Teheran lässt vermelden, dass die bevorstehende Einigung mit Oman zum Seeverkehr in der Straße von Hormuz erst nach einer „Kapitulation“ der USA in Kraft tritt, einschließlich der Kosten für den Wiederaufbau aller Zerstörungen.

Warum hat Russland am 1627. Tag des Krieges weiterhin eine sogar zunehmende Luftüberlegenheit über der Ukraine? Seit die westlichen Staaten und Partner in den ersten Tagen der russischen Aggression entschieden hatten, dass sie nicht bereit seien, eine Flugverbotszone über der Ukraine, wenigstens in Teilen, einzurichten, weil sie den Krieg mit Putin als Folge beurteilten, haben sie offensichtlich zu wenig getan, der Ukraine hinreichende Mittel zur Verfügung zu stellen oder gemeinsam aufzubauen, um den Luftraum über der Ukraine wirkungsvoll zu schützen.

Und seit dem Krieg im Iran werden nicht einmal mehr in ausreichender Zahl Patriot-Raketen geliefert, so dass Russland sich die Hände reiben und jede Nacht über zwanzig und mehr Raketen auf ausgewählte Ziele, v.a. zivile abfeuern und ins Ziel bringen kann. Patriot-Raketen, so zurecht Präsident Selnskyj, gehören nicht in die Depots, sondern an die Front, um Leben zu schützen und Putin auch an dieser „Front“ zu zeigen, dass er keinen Erfolg haben kann und wird.

Am 23. Februar 2023 haben 140 Staaten der VN Russland in einer Resolution der Generalversammlung aufgefordert, seine Truppen unverzüglich aus der Ukraine abziehen. Dreieinhalb Jahre später zeigen ein schmähhches Zeugnis dieser Forderung. Die Unterstützer der Ukraine waren und sind nicht in der Lage, genug Staaten zu gewinnen, um mit allen diplomatischen, politischen Mitteln begleitet durch Sanktionen aller Art, aber auch einfach das Einstellen oder wenigstens drastische Reduzieren der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen mit dem Aggressor diesen zumindest zu einem bedingungslosen Waffenstillstand zu drängen.

Viel wird gesprochen über die vielfältige Unterstützung der Ukraine, und innenpolitisch ist dann immer noch eine wenig Selbstlob dabei, wenn man betonen kann, dass man ja mehr tue als andere. Mit dem ballistischen Regen über der Ukraine bereitet Putin nicht nur den nächsten „Cholodomor“ im kommenden Winter vor, sondern sucht den Widerstandswillen der Ukraine Schritt für Schritt zu brechen. Außerdem verstärkt Russland seine hybriden Kriegs-Aktionen gegen europäische Staaten und erreicht, dass nur wenige Russland als Akteur markieren, weil sie risikoscheu Eskalation vermeiden wollen.

Diese wird allerdings von Putin bewusst und kontinuierlich herbeigeführt. Wenn Europa und die Welt keine Mittel gegen die Raketen verfügbar machen können oder wollen und wenn ein US-Sanktionspaket gegen die fünf Hauptkäufer russischen Öls erst nach über einem Jahr im Kongress endlich eine Mehrheit von 84 zu 11 erhält, hat Putin wenig Anlass, seine brutale Kriegspolitik einzuschränken. „Hardball-Politics“ wirkt, solange die Gegenüber ihr nicht wirksam entgegentreten.

Betrachtet man die politische, ökonomische, finanzielle Lage des Iran insgesamt und das verringerte Macht-Fundament des Regimes in Teheran, dann überrascht zunächst die Hartnäckigkeit, mit der sich Teheran weigert, die freie Durchfahrt durch die Meerenge von Hormuz wieder zuzulassen. Diese wird heute, am 9. August, noch dadurch exponentiell verstärkt, dass das Regime die militärische, politische und ökonomische Kapitulation der USA fordert, ehe die Meerenge nach seinen mit Oman vereinbarten Regeln wieder geöffnet wird.



Es sind v.a. zwei Gründe, die Teheran glauben lassen, damit zum Erfolg zu kommen. Einmal rechnet das Regime mit dem innenpolitischen Druck in den USA – auch in der MAGA-Bewegung, der Trump eher einlenken lässt, als das Regime unter den maritimen Blockade-Maßnahmen der USA und den laufenden internationalen Sanktionen zusammenbricht. Zum anderen kann es annehmen, dass weite Teile der internationalen Gemeinschaft weiterhin vor allem ihre Kritik gegen die USA und Israel richten und auch von diesen Zugeständnisse verlangen. Bisher erwartet Teheran aus diesen Kreisen bestenfalls verbale Attacken gegen die völkerrechtswidrige Sperre der Meerenge, aber keine massiven politischen und diplomatischen, geschweige denn ökonomischen und finanziellen Sanktionen von einer größeren gemeinsamen Staatengruppe, z.B. der EU.

Erfolge iranischer Hartnäckigkeit werden auch dadurch entschieden, ob eine kritische US-Innenpolitik gegen Trumps Iran-Politik sowie internationale Passivität gegenüber der Sperrung der Meerenge von Hormuz – und auch Bab al-Mandab länger anhalten, als Iran der maritimen Blockade der USA und weiteren US-israelischen Maßnahmen – bei allen Konsequenzen – widerstehen und den ökonomischen und politischen Kollaps vermeiden kann.

Im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine kann Putins Hartnäckigkeit v.a. dadurch überwunden werden, dass der gesamte Westen und seine Partner die ukrainische Luftverteidigung so rasch wie möglich und vor dem Winter stärken und zweitens endlich alle Sanktionen des US-Senat-Pakets und anderer Staaten kollektiv gegen Russland wirksam werden lassen.

Die Öffnung der Straße von Hormuz durch Teheran verlangt, dass die USA und die mit der Sperre angegriffene Weltgemeinschaft ihre politischen und ökonomischen Schritte und Maßnahmen bündeln, damit Iran die Ausweglosigkeit seiner Position erkennen muss und seine Haltung revidiert.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Klaus Olshausen